

Für eine internationale Steuergesetzgebung zur Armutsbekämpfung

Stellungnahme des Attac-Büros Frankreich zur Erklärung von 111 Staatschefs für eine internationale Steuergesetzgebung zur Verringerung der Armut

Einhundertundelf Staatschefs haben sich für die Einführung internationaler Steuern ausgesprochen und sich damit der Initiative der Präsidenten Brasiliens, Chiles und Frankreichs sowie des Premierministers Spaniens angeschlossen, die vergangenen 20. September auf der UN-Vollversammlung einen durch internationale Steuern finanzierten Plan zur Hungerbekämpfung vorgestellt haben.

Unser Verein Attac (frz. Abk. für "Vereinigung für eine Besteuerung von Finanztransaktionen zum Wohle der BürgerInnen") wurde vor sechs Jahren mit dem Ziel gegründet, eine internationale Steuern durchzusetzen, um somit gegen Finanzspekulationen vorzugehen und gleichzeitig eine Finanzierung des weltweiten Zugangs aller zu grundlegenden Rechten zu sichern. Die jüngsten Fortschritte freuen uns umso mehr, da uns noch bestens im Gedächtnis ist, wie abschätzend die konformistische „Welt der Spezialisten“ unsere Forderungen noch vor wenigen Monaten aufgenommen hat. Mit der Erklärung der Staatschefs ist heute klar, dass notwendige Maßnahmen vor allem eine Frage des politischen Willens sind, der sich immer stärker für sie eintritt, und dass die technische Umsetzung ein weitaus geringeres Problem darstellen wird. In diesem Sinne geht es uns um eine Mobilisierung der öffentlichen Weltmeinung.

Auch Attac hat seinen Teil zu den aktuellen Fortschritten beigesteuert. Verschiedene Vereinigungen, darunter auch Attac, hatten bei den Treffen mit dem französischen Staatspräsidenten im Vorfeld des G8-Gipfels in Evian die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zum dringend notwendigen internationalen Steuersystem gefordert. Auf Einladung des Präsidenten hin haben wir in dieser Arbeitsgemeinschaft aktiv mitgearbeitet und unter der Leitung des Steuerexperten Jean-Pierre Landau wurden wichtige Vorschläge im Hinblick auf ein globales Steuersystem erarbeitet. Der Beitrag von Attac ging in die Diskussion ein und wurde dem Abschlussbericht beigelegt, der in Kürze im französischen Staatsverlag "Documentation Francaise" veröffentlicht wird. Attac erinnert darin an seine drei Kernforderungen in punkto internationale Steuern: Besteuerung von Finanzaktivitäten, Zusatzsteuer auf die Gewinne transnationaler Unternehmen und Ökosteuern. Es hat uns sehr gefreut, mit welchem Elan diese Gruppe an die Arbeit gegangen ist und mit welcher Freiheit wir unsere Gedanken zum Ausdruck bringen konnten. So wurden unsere Interessen in den im Abschlussbericht gezogenen Schlussfolgerungen recht gut widerspiegelt. Dies ist umso wichtiger, da dieser Bericht vergangenen September dem Staatspräsidenten Chirac vorgelegt wurde und auch als Grundlage für die nun erfolgte Erklärung der Staatschefs für die Einführung internationaler Steuern diente.

Trotz aller Freude über die Fortschritte wissen wir jedoch, dass die unterschiedlichen Reaktionen und Divergenzen nicht unterschätzt werden dürfen. Zwar hat ein Teil unserer Forderungen - insbesondere die Vorschläge zur Umverteilung der Reichtümer über internationale Steuern und damit Finanzierung des Zugangs aller zu den Grundbedürfnissen - Eingang im vorgeschlagenen Programm gefunden. Wir fühlen uns jedoch nicht repräsentiert, wenn wiederholt versichert wird, dass das Funktionieren der Märkte nicht beeinträchtigt werden darf. Denn nach unserem Dafürhalten resultiert die Weltkrise eben auch aus der Funktionsweise der Weltmärkte, die in hohem Maße in Abhängigkeit von sehr kurzfristigen Zinserträgen rein spekulativer Kapitalanlagen organisiert sind. Wir müssen also weiterhin und mit Nachdruck auf der Notwendigkeit einer Weltmarktregulierung beharren, die die Einhaltung der Grundrechte nicht mit Füßen tritt, und das Hauptaugenmerk auf die mögliche antispekulative und ausgleichende Rolle eines globalen Steuersystems richten.

Auch sind wir uns durchaus des immer größer werdenden Widerspruchs zwischen den Erklärungen der Staatschefs und der von ihnen umgesetzten Politik bewusst. Ein großer Teil der 111 Unterzeichnerstaaten verfolgt eine Politik, die strikt den Regeln des Neoliberalismus gehorcht. Dies ist besonders bei der Politik der französischen Regierung der Fall, welche fast einer neoliberalen, konservativen Konterrevolution gleichkommt. Auf der einen Seite wird hier der Vorsatz zum Ausdruck gebracht, gegen Armut und Ungleichheit zu kämpfen, auf der anderen Seite jedoch wird eine Politik betrieben, die zu Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Ausschluss führt. Ebenso darf nicht vergessen werden, dass auch die Entwicklung der Europäischen Union mit Gefahren einher geht, die bereits in der Zusammensetzung der neuen Europäischen Kommission und der Ausarbeitung des Verfassungsvertrages abzulesen sind.

Natürlich wissen wir um die Grenzen der Initiative der Staatschefs und fürchten, dass es bei einer bloßen Absichtserklärung bleibt und nicht zu einer tatsächlichen Umsetzung kommt. Nichtsdestotrotz dürfen wir die Bedeutung des Vorstoßes nicht unterschätzen. Wir sehen darin ein Zeichen für eine voranschreitende Bewegung

von Globalisierungskritikern und den Beweis dafür, dass die von uns vertretenen Ideen immer mehr Eingang in die öffentliche Meinung finden, und zwar nicht nur in einzelnen Ländern, sondern in der ganzen Welt. Es ist die Aufgabe der Antiglobalisierungsbewegung, die Gelegenheit beim Schopfe zu ergreifen und die Umsetzung der Initiative durchzusetzen sowie Staatschefs und Regierungen auf Ihre Widersprüche aufmerksam zu machen. Wir müssen in unseren Forderungen und Vorschlägen noch weiter gehen und mögliche Alternativen aufzeigen.

Zusammen mit den 55 weiteren nationalen Attac-Organisationen plant Attac Frankreich, sein internationales Vorgehen zu erweitern, um somit den Durchbruch weiter auszubauen, der mit dem den Vereinten Nationen unterbreiteten Text erzielt wurde. Wir werden uns verstärkt in Kampagnen engagieren, die dafür eintreten, dass die globale Besteuerung durch die europäischen Parlamente verabschiedet und von der Europäischen Union ohne Rücksichtnahme auf letzte hartnäckige Widersacher umgesetzt wird. Wir fordern den Schuldenerlass für die armen Länder und eine internationale Konferenz im Hinblick auf ein internationales Schuldrecht. Auch werden wir das europäische Parlament in seinem Vorschlag einer Besteuerung spekulativer Kapitalströme unterstützen. Unsere Kampagnen gegen Steuerparadiese werden verstärkt, wobei wir mit dem Territorium der Europäischen Union beginnen wollen. Ebenso werden wir lokale Gruppen in ihrem Widerstand gegen die Bestimmungen der GATS-Runde auf ihrem Staatsgebiet stärker unterstützen. Und wir werden erste Steuermaßnahmen fördern, wie z.B. die einprozentige Zusatzabgabe auf Wasserrechnungen zur Finanzierung des Wasserzugangs armer Länder unter der Voraussetzung einer zivilen Kontrolle dieser Finanzierung durch die betroffenen Länder des Nordens und Südens. Ebenfalls befürworten wir das Zusatzprotokoll der Vereinten Nationen zur Justiziabilität wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte und fordern Frankreich auf, seine Gesetze zum Abschluss zu bringen und zu verabschieden.

Selbstverständlich wollen wir weiter an diesen und anderen Aspekten unserer erklärten Ziele arbeiten und so die Grundlagen unserer Vorschläge festigen und die Bedingungen ihrer Umsetzung näher definieren. Außerdem haben wir vor, an förderlichen internationalen Verhandlungen teilzunehmen. Wir wissen, dass unsere Vorsätze ohne Widerstand und Kampf sowie ohne eine energische soziale und zivile Bewegung keine Aussicht auf Umsetzung haben. Dementsprechend möchte Attac durch verstärktes Bürgerengagement weite Teile der öffentlichen Meinung davon überzeugen, sich für ein globales Steuersystem zur Beseitigung von Ungleichheiten zwischen Nord und Süd und zur Förderung von Staatspolitiken der einzelnen Länder, die im Einklang mit diesen Zielen stehen, einzusetzen. Attac hat beschlossen ein Komitee zu gründen, welches die Entscheidungen mitverfolgt, die in New York hinsichtlich der Finanzierung von Hunger- und Armutsbekämpfung über ein internationales Steuersystem sowie in Bezug auf die Einhaltung von Grundrechten und den Zugang aller zu Grundbedürfnissen getroffen werden.

Attac-Büro Frankreich,
Paris, den 21. Oktober 2004